

Manifest von Briesensee

Die Gemeinden bilden in der Bundesrepublik Deutschland das Rückgrat des Staates. So will es die Verfassung (Artikel 28 GG), indem sie den Gemeinden das Recht auf kommunale Selbstverwaltung garantiert.

Die Gemeinden sollen:

- ihre örtlichen Angelegenheiten selbst regeln
- das Ortsrecht selbst gestalten
- die politische Willensbildung in der Gemeinde zur Grundlage ihres Handelns machen
- den Menschen vor Ort direkter Ansprechpartner sein
- bezahlbare Hilfe und Solidarität bei der Daseinsvorsorge organisieren
- mit den öffentlichen Mitteln haushalten
- die Umwelt nachhaltig schützen (Artikel 20 a GG)

Wie sieht es dagegen in Wirklichkeit aus?

- sie werden von überörtlicher Bürokratie beherrscht
- sie werden durch unsinnige und unbezahlbare Projektforderungen (z.B. in der zentralen Abwasserentsorgung) unter Druck gesetzt
- sie erleben eine Herrschaft der Verwaltungen über die Gemeindeparlamente durch die Instrumente der Rechtsüberlegenheit und der Angst
- sie verlieren oft den Überblick über die örtlichen Verhältnisse
- sie sind in ihrer Selbstständigkeit bedroht (Stichworte: Zweckverbände, Schaffung von Ämtern und großen Verwaltungsstrukturen)

- viele Gemeinden sind überschuldet
- sie werden nicht oder unzureichend unterstützt oder zu finanziellen Bittstellern gemacht
- sie werden von der Landespolitik fehlgeleitet

Diese Aufzählung ist nur beispielhaft.

So kann es nicht weitergehen, weil:

- die Gemeindestrukturen zerstört werden
- das soziale Zusammenleben der Menschen in unüberwindbare Krisen und Konflikte hineingerät
- örtliche Gebühren und Beiträge schon jetzt Erdrosselungscharakter haben und Enteignungswirkungen hervorrufen (insbesondere in den neuen Bundesländern)
- Lebensfreude und Gemeinsinn verschwinden
- Existenzängste in den Vordergrund treten
- eine nachhaltige Ökologie kurzfristigen ökonomischen Fremdinteressen geopfert wird
- der Justizgewährungsanspruch und der rechtsstaatliche Schutz sich immer mehr als unwirksam erweisen
- effektive Rechtskontrollen, insbesondere verwaltungsgerichtliche Kontrollen nicht mehr ausreichend stattfinden
- unlegitimierte, meist bürokratische Herrschaftsstrukturen von der Verfassung nicht vorgesehen sind (das Parlament soll bestimmen und nicht die Verwaltung, die nur ausführen - exekutieren - soll)
- Bewährtes oft besser und bezahlbarer ist als das Neue und sogenannte Moderne oder Zeitgemäße
- die Ungeborgenheit und empfundenes Unrecht in Städten und Gemeinden politische Radikalisierung und wirtschaftlichen Ruin provozieren

- sich kein unwahres und ungerechtes System im historischen Verlauf jemals dauerhaft erhalten konnte

Welches sind die Hauptursachen für die Misere?

- Gemeinderäte und Bürgermeister handeln oft auf Druck der Verwaltung und gegen die Interessen der Bürger und gegen den sogenannten gesunden Menschenverstand
- Feierabendparlamentarier können oder wollen sich oft selber nicht hinreichend fachkundig machen
- Verwaltungen haben oft nicht mehr das gesamte Gemeinwesen im Blick (Ressortprinzip)
- Berater verfolgen oft eigene Interessen (z.B. Ingenieure beim Bau großer Klärwerke)
- Gemeindeverbände stellen oft abstrakte Betrachtungsweisen an, anstatt örtlich angepaßte Hilfestellungen zu leisten
- es wollen immer noch viel zu viele von außen "Macht über die Gemeinde" ausüben
- die Selbstverwaltung der Gemeinden ist massiv bedroht und die Justiz schafft keine Abhilfe
- in den Gemeindevertretungen wird oft keine hinreichende Professionalität sichtbar

Deshalb lautet die Konsequenz daraus:

Es schließen sich Gemeinden zusammen, die es in Zukunft besser machen möchten, zu einem:

Reformbund für Vernunft und gesundes Wirtschaften - RVGW -

Die Ziele des Reformbundes für Vernunft und gesundes Wirtschaften sollen verwirklicht werden durch:

- sparsames und ökologieangepaßtes Wirtschaften

- Professionalisierung der gemeindeparlamentarischen Arbeit durch Beratungsleistungen im Verbund
- kritische Distanz gegenüber großen Lösungseinheiten
- Stärkung des kommunalen Selbstbewußtseins gegenüber übergeordneten Aufsichtsbehörden und Rückbesinnung auf die ursprüngliche Bedeutung der Kommunen als Zentralplatz für das Leben der dort wohnenden Menschen
- Rückkehr zum Universalitätsgrundsatz
- Stärkung der innerörtlichen Demokratie und Effizienzsteigerung demokratischer Strukturen
- stärkere Berücksichtigung plebizitärer Elemente
- Aufbau eines kostengünstigen, professionellen, ökologischen, rechtlichen und ökonomischen Beratungssystems
- Austausch auch länderübergreifender Erfahrungen
- dauerhafte Fortbildung und Wissensaufüstung der Gemeinderatsmitglieder auch mit Blick auf alternative Entscheidungskonzeptionen zur Optimierung der Entscheidungsprozesse selbst

Der Reformbund für Vernunft und gesundes Wirtschaften versteht sich überparteilich und überkonfessionell und möchte in erster Linie dazu beitragen, daß die Krise der Kommunen durch eine neue Form der Wissensverwaltung und der Schaffung von Wissen überwunden wird.

Dabei gibt es zwar in den neuen Bundesländern spezifische Problemstellungen (z.B. Zweckverbandsheilungsprobleme), aber es gibt auch eine Fülle verbindender und gemeinsamer Problemstellungen in den neuen und den alten Bundesländern (z.B. homende Abwasserpreise in kleinen Kommunen mit ländlicher Grundstruktur).

Für Anfragen wenden Sie sich bitte an:

- IDA / Interessenverband Dezentrale AbwasserNutzung, 37589 Wiershausen, Tel. 05553-91266, Fax 05553-91277;
- Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V, Max-Eyth-Allee 22, 14469 Potsdam, Tel. 0331-500031, Fax 0461-582193;
- Grundtvig-Stiftung e.V. für politische Bildung, Tel. 0331-502211.

Verfasser: Rechtsanwalt Dr. Jürgen Schacht, Schlüterstr. 22, 20146 Hamburg